

N I E D E R S C H R I F T

über die 54. Verbandsversammlung des
Regionalen Planungsverbands München am 22.06.2010
im Alten Rathaussaal der Landeshauptstadt München

- Öffentlich -

Tagesordnung

1. Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Christian Ude
„Perspektiven der Zusammenarbeit in der Region München“
2. Bericht des Geschäftsführers
3. Resolution „Regionalplanung und Regionalentwicklung
muss in kommunalen Händen bleiben. Der Regionale
Planungsverband München muss gestärkt werden“
4. Neuwahl des Verbandsvorsitzenden und
seiner Stellvertreter
5. Rede des neugewählten Verbandsvorsitzenden

Ein Verzeichnis der vertretenen Verbandsräte liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Sitzungsdauer 14:10 bis 15:15 Uhr

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Ude, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich bei den Kollegen, der Geschäftsstelle und Breu für die gute Zusammenarbeit.

TOP 1 Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Christian Ude „Perspektiven der Zusammenarbeit in der Region München“

Der Vorsitzende fordert dazu auf, nicht zurück zu blicken, sondern nach vorne zu schauen. In den jetzigen Zeiten der Krise kommunaler Haushalte werde die kommunale Zusammenarbeit nicht einfacher. Sie sei für die Region jedoch nötiger denn je.

Er berichtet zum **Wohnungsbau**, alle Prognosen verzeichneten einen weiteren **Zuwachs an Einwohnern** und Beschäftigten für die Region München – ca. 200 – 250.000 Einwohner (je zur Hälfte in Stadt und Umland) mehr in den nächsten 20 Jahren; auch die Beschäftigtenzahl solle noch weiter zunehmen. Der Wohnungsbau hinke jedoch hinterher. Die Mieten steigen. Sorge bereite ihm, dass **bezahlbarer Wohnraum** immer knapper werde in der Region München. Ein Appell allein, weitere Baugebiete auszuweisen, helfe nicht.

Bei diesem Thema setze er auf die **Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland**. Mittelfristig stoße die LH München bei der Ausweisung von Wohnbauland an Grenzen. Trotz großer Bauvorhaben (Hauptbahnhof/Laim/Pasing; verschiedene Kasernen; Freiam) werden dann die Kapazitäten in München erschöpft sein. Man müsse sich also für die **langfristige Siedlungsentwicklung in der gesamten Region München gemeinsame** Gedanken machen, wie die Region den Bedarf an Wohnraum decken kann.

Untersuchungen zeigen, dass es insgesamt in der Region genügend Kapazitäten für die Ausweisung von Wohnbauflächen und auch Gewerbeflächen gebe. Die Ausweisung von Flächen sei nicht nur Voraussetzung, erschwingliche Wohnungen zu bauen, Firmen anzusiedeln bzw. bestehenden Firmen Erweiterungen zu ermöglichen, sondern auch die Voraussetzung für eine weitere positive Entwicklung in der Region München.

Auf Hilfe durch den Bund dürfe man nicht hoffen, schon gar nicht in den Zeiten der angespannten Haushalte. Die Region München sei mit einigen wenigen anderen Regionen Deutschlands mit dem „Luxusproblem“ einer steigenden Bevölkerung und Bedarf an wesentlich mehr Wohnraum und Gewerbeflächen nicht gerade repräsentativ. Andernorts werden ganze Stadtteile zurückgebaut.

Er informiert **zur Infrastruktur**. Ein großer Erfolg auch des Regionalen Planungsverbands München sei der **Beschluss des Bayerischen Landtags**, den **zweiten S-Bahntunnel**, die **Anbindung des Flughafens an die LH München** und den **Ringschluss Erding** mit der Anbindung des Flughafens an Nordostbayern zu unterstützen. Diese Projekte reichen in ihren Wirkungen weit in dieses Jahrhundert hinein. Sie seien die Bedingung dafür, dass der weiterhin zunehmende Verkehr umweltfreundlich auf die Schiene gebracht werden könne. Insbesondere der zweite S-Bahntunnel sei unabdingbar, damit das Rückgrat des regionalen Schienenverkehrs, die S-Bahn, auch weiterhin ihre Funktion erfüllen könne.

„Eine weitere politische Frage wird nunmehr auch einvernehmlich mit der Staatsregierung gesehen. Da weiß ich, dass wir schon im eigenen Beritt des Planungsverbands unterschiedliche Meinungen haben. Aber die Stadt München hat seit 1990, wenn nicht noch früher, immer eine klare Position vertreten. Ich meine die **A99 Süd**. Wir hatten hier Mehrheitsbeschlüsse – es war ja nie ein Konfliktthema zwischen Stadt und Umland, sondern eher ein Konfliktthema zwischen Nord und Süd. Und zwar vor allem im Umland. Aber ich gebe zu, die Interessenslagen haben sich auch im Stadtgebiet zumindest örtlich vereinzelt wiederspiegelt. Um ganz ehrlich zu sein, habe ich als jemand, der im Norden der Stadt groß geworden ist und mit den Themen Kasernengelände und Müllberge und Kläranlage und Depo nie und immer kommen alle Lasten in den Norden und der sonnige Süden lacht sich im Grünen „ins Fäustchen“, also ich habe durchaus Verständnis für dieses Grundbedürfnis des Nordens, nicht immer Lasten zu tragen, sondern auch mal auf der „sunny side of life“ zu stehen. Aber wenn man die Verkehrsuntersuchungen gelesen hat, stellt man fest, dass durch dieses Milliardenprojekt **nur 10 % Verkehrsentlastungen im Norden** erreicht werden. 10 % sind ja überhaupt nicht wahrnehmbar für den Anwohner, nicht einmal für den Verkehrsteilnehmer. Dann meine ich, dass es wirklich mit dem Gebot der regionalen Solidarität nicht verträglich wäre, vom Süden derartige Einschnitte zu verlangen, damit im Norden kaum wahrnehmbare Entlastungseffekte eintreten. Also, ich mache auch hier, selbst wenn mich das jetzt bald in ein bedenkliches Licht tauchen sollte, aus meiner Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten keinen Hehl. Er hat, so ähnlich wie sein Stellvertreter, Verkehrsminister Martin Zeil bei uns auf der Regionalen Verkehrskonferenz gesagt, für absehbare Zeit kommt das Projekt nicht in Frage und es soll sogar im Bundesverkehrswegeplan nicht mehr vorgetragen werden. Damit halte ich es für unsere Generation – und damit meine ich nicht mich als 60er, das wären ja nur noch wenige Jahre, sondern ich meine die Generation der heutigen Entscheidungsträger, ob erst 40 oder schon 50 – für ein Projekt, das nicht mehr in ihrer Amtszeit zur Debatte steht. Und ob man dann später einmal über solche Milliardenüberschüsse verfügt, dass man auch eine Langtunnellösung von mehreren

Milliarden wieder in Angriff nimmt, weil alle anderen Verkehrsprobleme in der Zwischenzeit befriedigend gelöst worden sind, wage ich zu bezweifeln. Aber mich freut, dass wir uns darüber nicht streiten müssen, denn ich gehe davon aus, mit der Entscheidung vom 14. Juni, an der der Ministerpräsident beteiligt war, ist der Äußerungsdruck entfallen. Und wir können davon ausgehen, dass dieses Thema in absehbarer Zeit, jedenfalls in der heute beginnenden Amtsperiode, nicht auf der Agenda steht.

Damit ist aber jetzt die besondere Harmonie mit der Staatsregierung auch jäh zu Ende. Denn beim Thema **Landes- und Regionalplanung** kann von einem so herzlichen Einvernehmen nicht die Rede sein. Wir haben ja hier lange diskutiert, wie unsere Stellungnahme aussieht. Wir haben **einstimmig eine Resolution verabschiedet**, die kommunal verfasste regionale Zusammenarbeit zu erhalten. Die Gründe und die Themen sind Ihnen ja als Beteiligte bekannt. Ich fände es absurd, wenn unter dem Stichwort „**weniger Staat**“ eine Aufgabe, die von den Kommunen vorzüglich erledigt wurde, verstaatlicht werden sollte, und wenn der bürokratische Aufwand am Ende zunehmen würde. Also da fehlt mir jedes Verständnis. Ich spreche mich für die **kommunale Zusammenarbeit in der bisherigen Form der Regionalen Planungsverbände** aus. Ich bin für jeden Verbesserungsvorschlag, wie es lebendiger werden kann, wie es – wenn's sein muss – kontroverser ausgetragen wird, damit alle örtlichen Interessen sich in der Debatte des Regionalen Planungsverbands wiederfinden, vollkommen offen. Nur, die Zusammenarbeit der Kommunen abschaffen und durch staatliche Parallelstrukturen ersetzen, das kann m. E. nur mit einem klaren „Nein“ beantwortet werden.

Wir haben auch im Deutschen Städtetag jetzt wieder die Frage gehabt, ob neue kommunale Ebenen geschaffen werden sollen. Ein Stichwort ist „**Kompetenzen für die Metropolregion**“. Bevor hier irgend jemand misstrauisch oder gar verängstigt wird, sage ich Ihnen ganz klar, dass wir – die Stadt München, auch ich als Person – nicht das geringste Interesse haben, neue weitere Ebenen einzuziehen. Man muss sich mal vorstellen, was wir schon haben: die Gemeinde- und die Landkreisebene, dann Bezirke, die die meisten schon vergessen, dann die Landesebene, die Bundesebene und mit zunehmender Bedeutung, die europäischen Ebene. Ich hoffe wenigstens, dass die politischen Parteien irgendwann mal erkennen, dass die Musik wirklich in Europa spielt und deswegen eigentlich die Europaprogramme und die Positionierungen zu europäischen Themen die zentralen Fragen sind, die allerdings immer erst mit mehrjähriger Verzögerung, dann die nationale Gesetzgebung und die kommunalen Spielräume bestimmen.

Wenn wir schon eine derartige Vielzahl an Ebenen haben, wäre es m. E. absurd, eine zusätzliche Ebene oberhalb der Landkreise und unterhalb der Bezirke einzuziehen, nämlich in Gestalt von Metropolregionen. Das wird durchaus diskutiert im Hannoveraner Raum, wo es schon eine Vertretungskörperschaft gibt, das wird auch diskutiert im Stuttgarter Raum, aber ich kann es für München und sein Umland dezidiert ausschließen. Ich kenn auch niemand, der dies hier betreiben würde. Und ich bleibe bei der Stellungnahme, dass auch **Eingemeindungen**, die andernorts als Patentrezept gehandelt werden, bei uns **nicht zur Debatte stehen**. Selbst wenn man Gelüste haben sollte – was bei der Stadt München nicht der Fall ist – wäre es schon deshalb vollkommen sinnloser Verschleiß politischer Kräfte, weil

ich keine Kommune kenne, die ihre Eingemeindung kampflos hinnehmen oder gar inhaltlich begrüßen würde. Und damit wird es spätestens am Verfassungsgericht scheitern – was soll also diese Debatte zur Lösung von ortsübergreifenden Problemen. Ich halte es für eine irreführende Debatte, die auch nur in die Irre führen kann und deswegen sollten wir sie nicht einleiten. Das **Zauberwort** heißt **freiwillige Kooperation**. Die bringt nicht immer so viel zustande, wie man sich wünschen möchte, ist aber die einzig weiterführende Zielsetzung. Eingemeindungen als Ziel würden nur dazu führen, dass man sich müde kämpft und nichts erreicht und die Einziehung zusätzlicher Ebenen wird auch nicht funktionieren, da auch der Bevölkerung nicht danach ist, neue Ebenen mit neuen Wahlterminen hinzuzufügen. Sie stellen eher die Frage, ob wir nicht ein etwas aufgeblähtes politisches System haben, das nach mehr Übersichtlichkeit schreit und nicht nach Ausdifferenzierung.

Damit sind wir aber einfach immer wieder beim selben Ausgangspunkt: wir müssen versuchen, **in der Region regionale Fragen kooperativ zu bewältigen**. Erlauben Sie mir zwei Ausweitungen des Themas Regionaler Planungsverband.

Das erste ist die **Metropolregion München**, wo ich einige Sorgen, hier könnte der Status einer Art Gebietskörperschaft angestrebt werden, hoffentlich schon zerstreuen konnte. Nein, die Metropolregion lebt ausschließlich von der **Freiwilligkeit ihrer Mitglieder**, ihrer Mitarbeiter. Und sie steht und fällt mit diesem Konzept. Und wir sind, was die kommunale Seite angeht, mit der bisherigen Entwicklung sehr zufrieden, was die Seite der Unternehmensbeteiligung angeht, jedoch nicht. 58 Gebietskörperschaften sind beigetreten, alle Nachbarstädte, ob Rosenheim oder Landsberg oder Landshut oder Ingolstadt, waren von Anfang an dabei. Mittlerweile alle Landkreise, bis auf einen. Und die kreisangehörigen Kommunen arbeiten in den Gremien der Europäischen Metropolregion ebenfalls mit. Die befürchtete Konkurrenz oder Bevormundung durch bestimmte Ebenen hat nicht im Geringsten stattgefunden. Das wird auch jeder Landrat und jeder kreisangehörige Gemeindevertreter, der in der EMM mitarbeitet, bestätigen können.

Nicht geschafft haben wir hingegen – und das ist ein Schwerpunktthema seit unserer Konferenz in Rosenheim – die Unternehmen zu gewinnen. Wobei das eine verteilte Zweiteilung ist. Wir haben so erfolgreiche Unternehmen, die bereits Global Player sind, die einer europäischen Metropolregion als Türöffner, als Vermittler, als Makler, als Trittbrett überhaupt nicht bedürfen. Und die anderen haben z. Zt. so große Probleme, dass sie über vieles nachdenken, aber nicht über freiwillige Beiträge, die sie irgendwo auch noch abführen könnten. Das ist einfach das Problem. Die großen Global Player sagen, das ist ja ganz nett, dass Ihr in Shanghai bei der EXPO auftretet, aber da haben wir, Siemens, seit 90 Jahren eine riesige Niederlassung. Oder es ist ja ganz nett, dass Ihr auf amerikanischen Kongressen und Messen den Wirtschaftsstandort präsentieren wollt, aber da haben wir, BMW, schon längst eigene Fabrikanlagen, brauchen also keinen kommunalen Hilfesteller. Und die kleinen Mittelständler, denen tatsächlich der internationale Auftritt von der EMM erleichtert oder ermöglicht werden könnte, sehen sich zu finanziellen Leistungen nicht oder kaum in der Lage. Das ist etwas misslich, aber wir haben uns vorgenommen, das Thema Wirtschaftsunternehmen und ihre Beteiligung jetzt zum Gegenstand vieler Chefgespräche zu machen. Wir werden dabei auch von zwei

Ministerien des Freistaats unterstützt und von den ersten Unternehmen, die dabei sind, man kann hier nicht lobend genug Audi Ingolstadt erwähnen.

Diese Zusammenarbeit auf freiwilliger Ebene hat vieles erbracht, was **regionale Zusammenarbeit** erleichtert, auch wenn die räumlichen Grenzen andere sind, als beim Regionalen Planungsverband. Und das ist eine Aufgabe, deswegen spreche ich's auch heute an, die man ohne Eifersüchtelei, ohne Kleinkariertheit einfach angehen sollte. Wer macht sinnvollerweise was. Ja, beides sind Institutionen, die sich das Stichwort regionale Zusammenarbeit zum Thema gemacht haben. Beide sind eine Brücke zwischen Kernstadt und Umland. Aber der Umgriff ist halt sehr unterschiedlich. Ich bin dafür, dass wir uns Doppelarbeit ersparen. Dafür haben wir weiß Gott alle – egal ob Großstadt oder kleine Gemeinde – zu viel zu tun. Erste Bewährungsprobe war die Elektromobilität. Da stand tatsächlich schon zu befürchten, dass sich sowohl die Inzellrunde „Verkehrsprobleme gemeinsam lösen“ als auch der Planungsverband als auch die Metropolregion mit ein und demselben Problem beschäftigen, das wäre natürlich Unfug. Ich plädiere dafür, wirklich ohne Eifersüchteleien zu klären, wer hat die größte Kompetenz, wer hat die meisten aktuellen Arbeitsvorhaben, der soll sich halt um dieses Thema kümmern, ohne dass uns deswegen irgendwelche Existenzängste plagen müssen. Dann kann die **Metropolregion eine Bereicherung der kommunalen Zusammenarbeit** sein. Wenn wir sie sofort als Bedrohung oder Wettbewerbsdruck empfinden, wäre es vielleicht sogar eine Belastung.

Ja, und jetzt noch ein letztes Wort zur **Olympiabewerbung** – ich hab' das gar nicht bestellt, dass es heute in der Zeitung steht – aber es ist schon ein witziges Stichwort, dass bei der Olympiabewerbung gefordert wird, eine Kommune solle der anderen reinreden. Das ist wieder eine Münchner Besonderheit, die ich einfach erklären muss. Damit man halt überhaupt was gegen den Oberbürgermeister vortragen kann, hat die CSU im Münchner Rathaus gestern verlautbart: der Münchner Oberbürgermeister müsste die kommunale Willensbildung in Garmisch-Partenkirchen organisieren, dort für die richtige Stimmung und die richtigen Beschlüsse sorgen. Dieses, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Gegenteil von meinem Verständnis von kommunaler Zusammenarbeit. Ich hab' mich mit dem Kollegen Thomas Schmid in Garmisch, aber auch mit dem Landrat Grabner und mit dem Kollegen Nunn aus Berchtesgaden verständigt, dass wir nur auf Augenhöhe verkehren und zusammenarbeiten. Und das heißt, jeder kümmert sich um seine Kommune, aber wurschtelt nicht in der anderen rum. Natürlich könnte ich jetzt auch sagen, dass ich das Olympische Dorf in Garmisch ein bisschen anders positionieren würde und finde, dass die Bauern von der Kommune großzügiger behandelt werden sollen, das würde mir sogar Beifall bei einer Bauernversammlung einbringen, aber es wäre für den Geist der Zusammenarbeit von Kommunen doch absolut schädlich, illoyal und kontraproduktiv. Ich denke, dass die Frage, wie Garmisch mit seinen Grundstücken umgeht und wo Planung stattfinden soll und wo nicht, eine ausschließliche Angelegenheit des Gemeinderats der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen ist. Und ich würde mir verbitten, das braucht's aber gar nicht, weil der auf eine Schnapsidee dieser Art gar nicht kommt, dass plötzlich der Garmischer Kollege sagt, wir sollten bei der Absiedlung einer Schule auf dem Olympiagelände etwas großzügiger sein und höhere Abfindungen anbieten. Also, wo kommen wir da hin?!

Deswegen war mir das sogar ganz recht, dass ich's endlich mal offiziell beantworten konnte: **Zusammenarbeit von Kommunen** heißt für mich, dass wir von der absoluten **Gleichwertigkeit aller beteiligten Kommunen** ausgehen, wie groß die eine und wie klein die andere auch sein mag. Beide sind Inhaber der Planungshoheit, beide sind Ausdruck des kommunalen Selbstverwaltungsrechts, und jede Kommune löst ihre Planungsaufgaben selber und führt ihren Dialog mit der Bürgerschaft selber und organisiert die kommunale Meinungsbildung selber. Und die Ergebnisse tragen wir dann zusammen. Und das haben wir dann gemacht. Der Landkreis Berchtesgaden, die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und LH München. Und aus diesen zusammengefüigten Bausteinen ist die Olympiabewerbung geworden – und nur so kann es sein. Und nur so stelle ich mir auch den Regionalen Planungsverband, die Zusammenarbeit von größeren und kleineren Kommunen vor. Im Geiste der gleichen Augenhöhe unter kommunalen Mandatsträgern und ohne parteipolitische Mätzchen, dass einer sich plötzlich in die internsten Angelegenheiten einer anderen Kommune einmischen soll. So viel zur Olympiabewerbung – sie ist keine Beeinträchtigung der Planungshoheit kleinerer Kommunen, sondern es ist groteskerweise so, dass der Münchner Oberbürgermeister darüber wachen muss, dass die Planungshoheit kleiner Kommunen auch tatsächlich von allen respektiert wird, was nicht jede Zeitung gerne sieht. Die eine, eine andere fiel mir gar nicht ein, aber eine steht dieser Bewerbung bekanntlich sehr kritisch gegenüber und da wird's immer wieder Veröffentlichungen dieser Art geben. Das bitte ich mit Großmut zu ertragen, ich tu's inzwischen auch.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

TOP 2 Bericht des Geschäftsführers

Breu „Meine Damen und Herren, es geht um die letzten 2 Jahre. Da war die letzte Verbandsversammlung. Und ich möchte vor allem die Themen aus diesen 2 Jahren ansprechen. Sieht man die Tagesordnungen durch, geht man die Diskussionen durch, dann waren das die Themen Einzelhandel im Landesentwicklungsprogramm, dann ist das das Thema 2. S-Bahntunnel, Erdinger Ringschluss – was schon angesprochen wurde – und es sind zwei Themen, zu denen momentan auch ein Beteiligungsverfahren im Regionalen Planungsverband läuft. Und zu diesen beiden Regionalplanfortschreibungen möchte ich etwas näher ausführen. Das möchte ich deshalb machen, weil ich gerade sehr interessante Rückmeldungen von Ihnen, Ihren Landkreisen und Gemeinden zu den dortigen Inhalten bekomme.

Zunächst aber noch einmal ganz kurz der Überblick: bis 2030 werden wohl mindestens 200.000 Einwohner mehr als jetzt in der Region leben. Die Hälfte davon in der Stadt mehr, die Hälfte im Umland mehr. Es könnte 100.000 Erwerbstätige mehr geben, auch etwa halb/halb verteilt und es müssen dafür annähernd 200.000 Wohnungen zusätzlich gebaut werden in diesen nächsten 20 Jahren. D. h., dass die Region München – anders als die meisten Regionen Europas, eine ausgespro-

chene Wachstumsregion ist. Dieses Wachstum betrifft Stadt und Umland gleichermaßen. Und es erfordert den Ausbau – gleich bin ich beim Thema – eben nicht nur der harten Standortvorteile, der Infrastrukturen, der Häuser etc., sondern es erfordert auch den Ausbau der weichen Standortvorteile.

Wenn die Region München auch zukünftig attraktiv gehalten werden soll, wenn sie diese Attraktivität behalten soll, wenn die Lebensqualität nicht sinken soll, dann müssen auch Freiräume verteidigt werden. Das ist auch ein Grund, warum die Region München so attraktiv ist. Nur von Gewerbegebieten lebt man nicht. Dabei fällt mir der Spruch ein aus der Bibel: „der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ heißt es dort. Und so ähnlich ist es auch bei der Attraktivität von Regionen. Die lebt nicht allein von den harten Standortvorteilen, von den Infrastrukturen, von dem, was in Beton gegossen ist. Die Attraktivität und die Lebensqualität lebt auch davon, dass man weiche Strukturen hat, dass man sich erholen kann, dass es Freiräume gibt.

Die eine Fortschreibung beschäftigt sich genau mit dem Thema. In den letzten Jahren ging's um Wirtschaft, um Verkehr. Jetzt geht die Fortschreibung um das Thema **Landschaft**, das Thema **Wasser**, das Thema **Regionale Grünzüge**, das Thema **Erholungsräume**. Das ist die jetzt laufende große Fortschreibung. Ich möchte darauf kurz eingehen.

1. Warum überhaupt, was ist das Ziel dieser Fortschreibungen?

Das Ziel ist es, die Attraktivität der Region München und die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern, auszubauen und zu erhalten.

2. Was wird denn eigentlich gemacht in dieser Fortschreibung: Verschiedene Themen stehen auf der Tagesordnung. Das eine ist die Landschaft, da werden unsere Landschaftsräume beschrieben, das ist für die kommunale Planungshoheit unschädlich, weil es nur eine Beschreibung ist. Und es werden landschaftliche Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Diese landschaftlichen Vorbehaltsgebiete haben den Sinn: wenn dort ein Projekt geplant wird, dann soll der Projektträger, insbesondere die Gemeinde, ein besonderes Augenmerk auf das Landschaftsinteresse haben. Landschaftliche Vorbehaltsgebiete sind Grundsätze, sie sind in die Abwägung einzustellen, aber sie sind nicht unüberwindbar. Auch sie schädigen im Endeffekt deshalb die kommunale Planungshoheit nicht, das wird oft jetzt in den Rückmeldungen behauptet. Aber ich kann Ihnen versichern, dass landschaftliche Vorbehaltsgebiete keine Verhinderung für kommunale Planung sind. Sondern sie sind die Aufforderung, dieses Thema, diese Interessen bei der Planung zu berücksichtigen, ihnen einen besonderen Stellenwert einzuräumen.

Ein weiteres Thema ist das Grundwasser. Da geht es um eine langfristige Sicherung von Grundwasser außerhalb der jetzigen Wasserschutzgebiete. Also diese Gebiete haben nichts mit den Wasserschutzgebieten zu tun, sie haben nichts mit den jetzigen Brunnenfassungen zu tun. Sondern es geht um langfristige Vorsorge. Die fachliche Grundlage ist die hydrogeologische Situation, die von den Wasserwirtschaftsämtern erarbeitet worden ist. Es gibt Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete. Eine Kritik kam sehr häufig: In den Vorranggebieten ist nach der Begründung alles Mögliche erlaubt und zugelassen. Nur ein kleiner, geringer Teil von Planungen

geht dort nicht, das sind chemische Industrieanlagen, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten. Das sind Rohrleitungen, große Ölleitungen oder große Öllager in diesem Bereich. Das steht jetzt alles in der Begründung und es macht sicher Sinn, das in das Ziel hochzunehmen, um Klarheit zu schaffen und um auch Verlässlichkeit in der Hinsicht zu schaffen. Diese Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete sind jetzt, in unserem Entwurf, mit den Siedlungsflächen schon abgestimmt. Die fachliche Vorarbeit der Wasserwirtschaftsämter war ja so, dass fast nur Vorranggebiete vorgesehen waren und fast keine Vorbehaltsgebiete. Wir haben jetzt keine Überschneidungen von Vorranggebieten mehr mit bevorzugten Siedlungsbereichen.

Thema Erweiterung regionaler Grünzüge. Diese Erweiterung der regionalen Grünzüge basiert fachlich auf dem Landschaftsentwicklungskonzept für die Region München. Sie ist deshalb sinnvoll, weil in diesen Bereichen, da sind vor allem die Wälder im Süden und Osten, aber auch weitere Gebiete der Region, weil diese Gebiete einen Wärmeausgleich für die gesamte Region bringen und den Frischlufttransport fördern. Das ist deshalb wichtig, weil wir doch in den nächsten Jahrzehnten mit steigenden Temperaturen überall in der Region rechnen müssen. Und diese Wälder, diese Frischluftgebiete und diese Temperatenausgleichsgebiete erhöhen die Sicherheit, dass das in der Region auf die Lebensqualität keine negativen Auswirkungen hat.

Letztes Thema: Erholungsräume und Erholungsgebiete. Erholungsräume sind auch Beschreibungen, auch das kommt aus dem Landschaftsentwicklungskonzept und tangiert nicht die kommunale Planungshoheit, im Gegenteil: die Erholungsräume und überörtlichen Erholungsgebiete mit ihren angedachten regionalen Vernetzungen sollen sog. Positivausweisungen darstellen, also keine Verhinderung sondern ein Anreiz sein, dort mehr zu machen.

Wie ist das geschehen oder wie geschieht das? Die Grundlagen waren – ich hab's angesprochen – fachliche Konzepte, sei es das Landschaftsentwicklungskonzept, sei es das Konzept der Wasserwirtschaftsämter. In einem internen ersten Schritt haben wir diese Konzepte mit den regionalen Festlegungen abgestimmt und verglichen. In einem zweiten Schritt hat eine Kommission aus Mitgliedern des Planungsausschusses, 4 Stadträte, 3 Vertreter der Landkreise, 3 Vertreter der Gemeinden, den vorliegenden Entwurf gemeinsam besprochen. Das waren sehr intensive Sitzungen, das hat auch über 1 Jahr gedauert. Dann wurde dieser Entwurf im Planungsausschuss behandelt und ist jetzt in der Anhörung.

Mein Ehrgeiz ist es, diese Anhörung so zu behandeln, dass die Rückläufe, die konkrete kommunale Belange thematisieren, und die nachvollziehbare Interessen benennen, dass das auch Berücksichtigung findet im Entwurf. Es ist ein regionales Konzept, aber es steht auf kommunalen Füßen. Es ist keine Anhörung, die von vorneherein so gestrickt ist: wir schauen jetzt mal, was kommt, ob wir denn was ändern müssen. Sondern, wenn was Sinnvolles für die regionale Entwicklung dabei ist, dann kann man den Entwurf ändern.

Ein kleines Problem habe ich mit Anhörungsäußerungen, die sich auf einmal mit Themen beschäftigen, zu denen wir nicht angehört haben. Also nicht die Erweiterung der Grünzüge, sondern die bestehenden Grünzüge. Da wird zum Teil kräftig dran geknabbert. So was erfordert natürlich eine zweite Anhörungsrunde, weil die anderen ja sich auf das beschränkt haben, was tatsächlich Gegenstand der Anhörung war.

Und eine dritte Art von Rückmeldungen, das möchte ich auch ganz offen sagen, mit der ich am wenigsten anfangen kann, das ist die Art der Rückmeldung, die sinngemäß so lautet: wir sind gegen alles, es beeinträchtigt unsere kommunale Planungshoheit. Ich bin sehr gerne bereit zu diskutieren und zu erläutern und zu erklären, welche Festlegung was auf der kommunalen Ebene tatsächlich bedeutet. Aber der nur allgemein gesagte Satz „alles gefährdet die kommunale Planungshoheit“ ist in meinen Augen nicht richtig. Ich kann Ihnen versprechen, dass ich dem neuen Vorsitzenden möglichst viele Änderungen in Ihrem Sinn vorschlagen werden. Sie müssen aber irgendwie zu einem gesamten regionalen Konzept passen.

Die zweite Fortschreibung sind die **Bodenschätze**. Zu dieser Fortschreibung werden die Kommunen und die Mitglieder des Planungsverbands zweimal gehört. Wir hatten eine vorgezogene erste Beteiligung der Kommunen. Das hat sich als sehr sinnvoll erwiesen, wir konnten in dieser ersten Runde gemeinsam mit Ihren Rückmeldungen und der Einbeziehung der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes auf der Ebene der Regierung von Oberbayern die meisten Probleme lösen. Es wird jetzt demnächst die zweite und endgültige Anhörung laufen. Hier ist das Ziel, großflächigen Bodenschatzabbau in der Region langfristig zu sichern und frühzeitig die verschiedenen Konflikte zu bearbeiten. Das erspart nämlich dann in den Genehmigungsverfahren Arbeit und Zeit.

Neben diesen Fortschreibungen und den anderen Themen hat die Geschäftsstelle auch **Stellung genommen zu den kommunalen Projekten**, zu den Bauleitplanungen. Aus Sicht des Regionalen Planungsverbands bzw. der Geschäftsstelle gibt es fast keine kommunale Planung, die den regionalen Zielen widerspricht. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Regionale Planungsverband, wenn er keine Einwände hat, gar nicht Stellung nimmt. Nur, falls Einwände da sind, oder wenn es unterschiedliche Stellungnahmen von dritter Seite gibt, denen man entgegenwirken möchte, nimmt die Geschäftsstelle ebenfalls Stellung.

Die meisten Probleme der kommunalen Planungen mit der Landesplanung liegen nicht auf der regionalplanerischen Ebene, sondern auf der landesplanerischen Ebene. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, nämlich die Photovoltaik. Photovoltaikfelder werden von der Regierung von Oberbayern als sogenannte Siedlungseinheiten behandelt oder wie Siedlungseinheiten und unterfallen dem sog. Anbindungsgebot. Ich bin mir sicher, dass eine Vielzahl von Ihnen sich mit diesem Thema schon einmal hat befassen müssen. Man kann darüber streiten, ob das sinnvoll ist. Es ist in der Realität, auch aus ortsplanerischen Gründen sicher nicht besonders sinnvoll, Photovoltaikfelder unmittelbar an bebaute Orte hinzukleben. Bei Wohngebieten ist es von vorneherein nicht sinnvoll, bei Gewerbegebieten führt das dazu, dass Freiräume für die Ortsentwicklung zugebaut werden. Und je kleiner

der Ort ist, an dem das passiert, desto schrecklicher ist es, weil das dann auch völlig außerhalb der Proportionen geschieht. Hier gibt es allerdings Bewegung, wenn die Gemeinde ein entsprechendes großes Konzept aufstellt, also einen hohen planerischen Aufwand betreibt. Ich glaube aber auch, dass unabhängig von der jetzigen Haltung des Staates zu diesem Anbindungsgebot in Zukunft die Errichtung oder die Planung von Photovoltaikfeldern in der Region München erleichtert werden muss. Das ist eines der Zukunftsmodelle für die Versorgung, für die dezentrale Versorgung der Kommunen und Bürger mit Energie. Ganz allgemein soll doch die Landes- und Regionalplanung keine ortsplanerischen Themen regeln, sondern überörtlich bedeutsame Projekte und Themen, die überörtlich relevant sind.

Die nächsten Themen im Regionalen Planungsverband, die vorgesehen sind, ist eine Erörterung von Klimaprognosen für die Region München im Juli dieses Jahr, ist die Diskussion über regenerative Energien, ist im Herbst dieses Jahr ein Bericht zur Entwicklung der Region München.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Region ist es wie beim Fußball: Erfolg hat die Mannschaft, die zusammenspielt (bei allem internen Wettbewerb der Spieler) und diejenigen Spieler, die den Ball auch abgeben. Erfolg hat die Mannschaft, die eine Strategie für das Spiel entwickelt hat. Erfolg hat die Mannschaft, die unabhängig von der Position der einzelnen Mitspieler die Mannschaft insgesamt als Erfolgsgarant sieht. Dieses Spiel braucht Freiräume von übergeordneter Seite, der Schiedsrichter muss es laufen lassen, wenn er's gut macht, und nicht bei jeder Gelegenheit gelbe und rote Karten zücken. Keinen Erfolg hat eine Mannschaft, in der jeder Spieler gerade das macht, was ihm im Moment einfällt, und die nicht zusammenspielt. Nur eine solidarische Fußballmannschaft wird den Erfolg haben, den die Region München jetzt schon hat. Dankeschön.“

TOP 3 Resolution „Regionalplanung und Regionalentwicklung muss in kommunalen Händen bleiben. Der Regionale Planungsverband München muss gestärkt werden“

Der Vorsitzende erläutert die Drucksache 08/10 und bittet um Kenntnisnahme und Zustimmung zum Beschluss der Resolution.

Abstimmung: Annahme mit 3898 : 5 Stimmen.

TOP 4 Neuwahl des Verbandsvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter

Ich sehe es deshalb als meine Aufgabe an, in meiner neuen Funktion die Gemeinsamkeiten aller Kommunen im Regionalen Planungsverband herauszustellen, Konflikte offen zu besprechen und gegenüber dem Freistaat unsere berechtigten regionalen wie auch kommunalen Interessen zu vertreten.

In letzter Zeit ist mir wiederholt von Vertretern der höheren Landesbehörden gesagt worden, dass durch selbstauferlegte Beschränkungen in den Festsetzungen unseres Planungsverbandes wesentliche Spielräume, die das Landesentwicklungsprogramm bieten würde, eingeengt wurden. Auch wenn ich derzeit nicht von der Richtigkeit dieser Aussage überzeugt bin, werden wir im Einzelnen die kritischen Punkte überprüfen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Denn es kann nicht angehen, dass wir uns dem Vorwurf aussetzen, der da lautet: Der Freistaat würde ja im Rahmen der Landesentwicklungsplanung große Spielräume eröffnen, aber ihr selbst, liebe Kommunen, seid ja nicht in der Lage, diese zu nutzen. Diesen Vorwurf wollen und werden wir nicht auf uns sitzen lassen.

Damit sind wir schon bei einem der Bereiche, die uns sehr schwer im Magen liegen, nämlich die Einzelhandelsgroßprojekte. Schon immer hat der Regionale Planungsverband sich gegen das Einzelhandelsziel im Bayerischen Landesentwicklungsprogramm ausgesprochen. Aber gerade dieses Ziel regelt jeden Quadratmeter Verkaufsfläche, die Lage und schreibt zudem noch fest, ob in einem Ort überhaupt Einzelhandelsgroßprojekte entstehen dürfen. Es muss daher oberstes regionales Ziel sein, nicht die innerörtlichen Verhältnisse, sondern ausschließlich die überörtlich bedeutsamen Belange zu regeln. Den Kommunen muss mehr Freiheit eingeräumt werden, ihren Einzelhandel selbst zu verantworten. Für diese Absichtserklärung haben wir auch die Unterstützung aller kommunalen Spitzenverbände. Es kann nicht sein, dass Landes- oder Regionalplanung ausschließlich dem Konkurrenzschutz dient, sondern sie müssen den Rahmen für einen ausgewogenen Wettbewerb beschreiben.

Wiederholt wurde in den letzten Monaten auch der Ruf nach verstärkter konzeptioneller Arbeit im Regionalen Planungsverband laut. Ich verstehe die Regionalplanung und damit die regionale Entwicklung nicht nur als Umsetzung der landesplanerischen Vorgaben. Vielmehr muss eine von den Kommunen getragene regionale Entwicklung auch neue Wege beschreiten und vom landesweiten Einerlei abweichen dürfen. Gleichmacherei dient nicht dem erklärten Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern beschränkt auch gesunden Wettbewerb und regionale Identifikation.

Soeben haben Sie die vorher eingeforderte gemeinsame Haltung demonstriert und die Resolution zur Stärkung des Regionalen Planungsverbandes beschlossen. Unser oberstes Ziel ist, die kommunale Planungshoheit zu erhalten. Für die Zusammenarbeit in der Region München bedeutet das, diese im kommunal verfassten Regionalen Planungsverband zu stärken. Eine Verstaatlichung, und da besteht große Einigkeit unter den Vorsitzenden, würde nicht nur die Position der Region München schwächen, sondern insbesondere die Situation unserer Kommunen

deutlich verschlechtern. Denn staatliche Regulative würden als Fazit bedeuten, die Kommunen können mit der ihr übertragenen Eigenverantwortung nicht umgehen und bedürfen deshalb einer regionalplanerischen staatlichen Aufsicht. Dies braucht und will sich keiner, der in der kommunalen Verantwortung steht, diese trägt und verantwortlich handelt, nachsagen zu lassen.

Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung nicht nur in Form der heutigen Resolution, sondern vor allem auch in der Tagesarbeit, in einzelnen Gesprächen und in den politischen Gremien.

In dieser Resolution wird in der Ziffer 4 auch die verbesserte Zusammenarbeit im Regionalen Planungsverband gefordert. Vor allem bedeutet das eine bessere Einbeziehung aller Kommunen in die Arbeit unseres Verbandes. Eine Umfrage vor wenigen Jahren hatte genau dieses Handlungsfeld aufgezeigt. Die nicht im Planungsausschuss vertretenen Mitglieder des Regionalen Planungsverbandes wünschten sich eine stärkere Beteiligung. Wir werden gemeinsam mit der Geschäftsführung zu prüfen haben, inwieweit dafür gegebenenfalls eine Gesetzesänderung nötig ist. Ich sehe es allerdings auch als eine ganz wesentliche Aufgabe an, in der anstehenden Reformdiskussion mich dafür einzusetzen. Ebenso werden wir in einer eigens anberaumten Verbandsversammlung genau dies behandeln und im Vorfeld dafür auch einen Themen- und Fragenkatalog erarbeiten, um die wesentlichen Tätigkeits- und Diskussionsbereiche abzustecken.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Zusammenarbeit und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit“.

Der Vorsitzende stellt fest, es gebe keine weiteren Wortmeldungen. Er bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführerin

Schneider
1. Bürgermeister

Sandner
Verw.Angestellte

Anlage

Anwesenheitsliste

Verzeichnis der vertretenen Verbandsräte

| | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 1 | LH München | OB Ude |
| 2 | Dachau | RAR Liebl |
| 3 | Ebersberg | Stv. LR Brillmayer |
| 4 | Erding | KR Sterr |
| 5 | Freising | LR Schwaiger |
| 6 | Fürstenfeldbruck | Stv. LR Dr. Braun |
| 7 | Landsberg a. Lech | Stv. LR Ditsch |
| 8 | München | Stv. Göbel |
| 9 | Starnberg | LR Roth |
| 10 | Allershausen | 1.Bgm. Popp |
| 11 | Alling | 1. Bgm. Röder |
| 12 | Andechs | 1. Bgmin. Neppel |
| 13 | Anzing | 1. Bgm. Finauer |
| 14 | Aschheim | 1. Bgm. Englmann |
| 15 | Aying | 2. Bgm. Bachmair |
| 16 | Baierbrunn | 1. Bgm. Kramer |
| 17 | Berg | 1. Bgm. Monn |
| 18 | Bergkirchen | 1. Bgm. Landmann |
| 19 | Berglern | 1. Bgm. Knur |
| 20 | Bockhorn | 1. Bgm. Schreiner |
| 21 | Brunnthal | 1. Bgm. Kern |
| 22 | Dachau | Stadtbaurat Simon |
| 23 | Dorfen | 1. Bgm. Grundner |
| 24 | Ebersberg | 1. Bgm. Brillmayer |
| 25 | Eichenau | 1. Bgm. Jung |
| 26 | Eitting | 1. Bgm. Wiester |
| 27 | Erding | 1. Bgm. Gotz |
| 28 | Erdweg | 2. Bgmin. Rehm |
| 29 | Eresing | 1. Bgm. Loy |
| 30 | Fahrenzhausen | 1. Bgm. Jengkofer |
| 31 | Feldkirchen | 2. Bgm. Janson |
| 32 | Finsing | 2. Bgm. Mayer |
| 33 | Fraunberg | 1. Bgm. Wiesmaier |
| 34 | Freising | StDir. Koch |
| 35 | Fürstenfeldbruck | 2. Bgm. Schilling |
| 36 | Gräfelfing | 1. Bgm. Göbel |
| 37 | Grasbrunn | 1. Bgm. Korneder |
| 38 | Gröbenzell | 2. Bgm. Strauch |
| 39 | Haag a. d. Amper | 1. Bgm. Geier |
| 40 | Haar | 3. Bgm. Stießberger |
| 41 | Haimhausen | 1. Bgm. Felbermeier |
| 42 | Hallbergmoos | 1. Bgm. Stallmeister |
| 43 | Herrsching | 1. Bgm. Schiller |
| 44 | Hurlach | 1. Bgm. Böhm |
| 45 | Igling | 2. Bgm. Först |
| 46 | Jesenwang | 2. Bgm. Fraunhofer |
| 47 | Karlsfeld | 1. Bgm. Kolbe |
| 48 | Kirchdorf | 1. Bgm. Springer |
| 49 | Kirchseeon | 1. Bgm. Ockel |
| 50 | Krailling | GR Weigert. |
| 51 | Kranzberg | 1. Bgm. Scholz |

| | | |
|----|------------------|---------------------------------|
| 52 | Langenpreising | 1. Bgm. Deimel |
| 53 | Maisach | 2. Bgm. Müller |
| 54 | Mammendorf | 2. Bgm. Muck |
| 55 | Marzling | 1. Bgm. Werner |
| 56 | Moosinning | 1. Bgmin. Kruppa |
| 57 | Neubiberg | 3. Bgm. Knobling |
| 58 | Neuching | 1. Bgm. Peis |
| 59 | Neufahrn | 1. Bgm. Schneider |
| 60 | Neuried | 1. Bgmin. Weiß |
| 61 | Oberding | 1. Bgm. Lackner |
| 62 | Oberhaching | 1. Bgm. Schelle |
| 63 | Oberschleißheim | 1. Bgmin. Ziegler |
| 64 | Olching | 3. Bgm. Nickel |
| 65 | Ottobrunn | 1. Bgm. Loderer |
| 66 | Paunzhausen | 1. Bgm. Daniel |
| 67 | Petershausen | 3. Bgm. Dr. Manfred Sommerer |
| 68 | Planegg | 2. Bgm. Heizer |
| 69 | Poing | 1. Bgm. Hingerl |
| 70 | Prittriching | 1. Bgm. Ditsch |
| 71 | Puchheim | 1. Bgm. Dr. Kränzlein |
| 72 | Putzbrunn | 3. Bgm. Bräuer |
| 73 | Rott | 1. Bgm. Krötz |
| 74 | Sauerlach | 1. Bgmin. Bogner |
| 75 | Schäftlarn | 1. Bgm. Dr. Ruhdorfer |
| 76 | Schwabhausen | 2. Bgmin. Lachner |
| 77 | Starnberg | 1. Bgm. Pfaffinger |
| 78 | Taufkirchen/Vils | 2. Bgm. Traber |
| 79 | Thaining | 1. Bgm. Stork |
| 80 | Unterföhring | GR Weingärtner |
| 81 | Unterschleißheim | 2. Bgm. Pregler |
| 82 | Utting a. A. | 1. Bgm. Lutzenberger |
| 83 | Vaterstetten | 2. Bgm. Wagner |
| 84 | Vierkirchen | 1. Bgm. Eichinger |
| 85 | Walpertskirchen | 1. Bgm. Heilmeier |
| 86 | Wang | GR Stöber |
| 87 | Wartenberg | 2. Bgm. Groh |
| 88 | Wörth | 2. Bgm. Bartl |
| 89 | Zolling | 1. Bgm. Riegler |
| 90 | Zorneding | 1. Bgm. Mayr |